

Facebook-Konzern will mit Milliardenbudget auch KI-Anbieter werden

## Zuckerberg in Spenderhosen

Facebook-Aktionäre haben schlechte Erfahrungen mit Mark Zuckerbergs teuren Visionen einer Hochtechnologie Zukunft gemacht. Einst sollte das Metaversum als digitale Parallelwelt langfristig für hohe Gewinne sorgen. Nur waren die Kunden davon weniger begeistert als Zuckerberg, der das Projekt einstampfen mußte, nachdem er mindestens 46 Milliarden Dollar darin versenkt hatte. Im Mai 2023 schwenkte er vom Metaversum auf künstliche Intelligenz (KI) um. Geblieben ist nur der Name Meta der Holding. Beim Metaversum war man Vorreiter, bei KI ist man Nachzügler.

Seitdem Netscape mit der innovativen Erfindung des Webrowsers baden ging, ist klar, daß eine Vorreiterrolle in der kurzlebigen Technologiebranche keinen Wert hat und Nachzügler gewinnen können, wenn sie über einen entscheidenden Vorteil verfügen. Im Falle von Meta ist das der Zugang zu Daten auf der hauseigenen Plattform. Kritiker von Zuckerbergs Strategiewechsel sind auf Metas fehlende Rechenzentren fokussiert, die bei KI-Modellen derzeit eine entscheidende Rolle spielen. Doch das kann sich bald ändern. Erfahrungsgemäß ist in der Technologiebranche nicht Hardware entscheidend, sondern Software und Netzwerkeffekte.

Und das könnte Metas Wettbewerbsvorteil sein. Denn Meta verfügt über ein ständig wachsendes Reservoir an von Nutzern geschaffenen Inhalten, das zum Training der KI eingesetzt werden kann. Konkurrenten wie Marktführer OpenAI (ChatGPT) können nur auf die im Internet frei verfügbaren Daten zugreifen. Die schöpfen sie bereits komplett aus. Meta und Elon Musks KI-Unternehmen können zusätzlich auf Inhalte der Nutzer auf den eigenen Plattformen zugreifen, die noch dazu schneller

wachsen als Daten im frei zugänglichen Netz. Größere Datenmengen ermöglichen eine bessere Kalibrierung der KI-Modelle (JF 7/25).

Wie schon beim Bau des Metaversums soll viel Geld es richten. 70 Milliarden Gewinn machte Meta 2024, in diesem Jahr dürften es über 80 Milliarden werden. 60 bis 70 Milliarden will Meta in diesem Jahr in Investitionen stecken, wovon ein Großteil in KI fließen dürfte.

Im Gegensatz zu anderen KI-Giganten ist Meta zur Finanzierung also nicht auf die Anlegergunst angewiesen. Daß Zuckerberg die Spenderhosen anhat, verkündete er offen im Internet. Gehälter von bis zu 100 Millionen Dollar wollte Meta für KI-Experten zahlen.

Das *Wall Street Journal* will erfahren haben, daß ein KI-Experte ein Gehaltspaket bekommen haben soll, das in sechs Jahren einen Wert von bis zu 1,5 Milliarden Dollar erreichen könnte. Laut *New York Times* soll Matt Deitke, der als 24-jähriger das Studium abbrach, um eine KI-Firma zu gründen, 250 Millionen Dollar über vier Jahre erhalten. Eine ganze Reihe ehemaliger OpenAI-Mitarbeiter soll Zuckerberg mit mindestens achtstelligen Paketen zum Wechsel bewegt haben, darunter ChatGPT-Miterfinder Shengjia Zhao.

Zuckerberg denkt auch schon über Anwendungen der KI-Sparte nach. Der Drei-Milliarden-Euro-Einstieg beim französischen Brillenhersteller EssilorLuxottica soll Bau und Vertrieb intelligenter Brillen sicherstellen und erschwert Konkurrenten den Eintritt in dieses Segment, noch bevor die Produkte überhaupt marktreif sind. Auch in Rechenzentren wird Zuckerberg investieren. Für ein gigantisches Werk in Louisiana stellte Meta eine externe Finanzierung über 29 Milliarden sicher. An Geldmangel wird Metas KI-Initiative jedenfalls nicht scheitern.



von  
**Thomas Kirchner**

„Nur Trittbrettfahrer der neuesten Technologiemode oder ernstzunehmender Mitstreiter?“

Versorgungsbericht des Innenministeriums über Beamtenpensionen

## Altlasten wirken lange nach

Von **Ulrich van Suntum**

Nicht nur die gesetzliche Rentenversicherung wankt, auch die Beamtenpensionen werden sich bald nicht mehr finanzieren lassen. Das sagt der aktuelle Versorgungsbericht des Innenministeriums, was allerdings keine neue Botschaft ist. Trotzdem haben Bund und Länder in den letzten Jahren immer mehr Personal eingestellt, als gäbe es kein Morgen. Das rächt sich jetzt: Allein die Versorgungsausgaben des Bundes werden sich bis 2060 von derzeit knapp 20 Milliarden Euro um mehr als die Hälfte auf dann gut 30 Milliarden erhöhen. Bei den Ländern, die insgesamt noch mehr Beamte beschäftigen, sieht es kaum besser aus. Und anders als bei gesetzlich Versicherten muß allein der Steuerzahler für diese Kosten aufkommen. Denn Beamte zahlen keine Rentenbeiträge, sondern erhalten ein Ruhegehalt von ihrem Arbeitgeber. Zwar müssen sie ihre Pensionen voll versteuern. Aber unter dem Strich sind sie im Alter trotzdem deutlich besser gestellt als vergleichbare Angestellte. Kein Wunder also, daß es bei enger werdenden Verteilungsspielräumen in der Bevölkerung gärt.

CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann will deshalb künftig nur noch da verbeamten,

wo wirklich hoheitliche Aufgaben zu erledigen sind. Beispiele sind Finanzverwaltung, Richter, Staatsanwälte, Zoll und Polizei. Lehrer wären dagegen künftig außen vor. Wirklich durchdacht erscheint das aber nicht. Denn gerade der Schuldienst ist so stressig geworden, daß sich ohnehin kaum noch jemand dafür begeistern läßt. Zudem ist der Staat bei typischen Beamtenberufen meist der einzig mögliche Arbeitgeber.

Andere Privilegien der Beamten könnten eher entfallen. Warum dürfen sie zum Beispiel privat krankenversichert sein und erhalten dazu noch staatliche Beihilfe? Und warum kann man sie nicht an den Kosten ihrer Alterssicherung beteiligen wie gesetzlich Versicherte auch? Die Schweiz und Österreich haben schon vor 20 Jahren entsprechende Reformen durchgeführt. All das geht natürlich nicht rückwirkend, so daß die Altlasten noch lange nachwirken. Zudem müsste man vermutlich dann höhere Löhne im Staatsdienst bezahlen. Eine grundsätzliche Gleichbehandlung würde daher vor allem dem sozialen Frieden dienen. Der Königsweg wäre aber ohnehin ein anderer. Denn je weniger Bürokratie der Staat schafft, desto weniger Beamte muß er auch für deren Bewältigung einstellen.



Die Schauspieler **Mark Valley** und **Danny Huston** in dem Bankraub-Film „Stolen“:

Die Bundesbank könnte peu à peu das US-Gold verkaufen und gleichzeitig ihren Londoner Bestand in gleicher Höhe aufstocken. Damit würden diplomatische Verwicklungen und Kosten der Verlagerung vermieden.

## Unsicherheiten unseres Goldes

**Bundesbank:** Donald Trump nährt Zweifel an der Sicherheit der Währungsreserve in den USA

**DIRK MEYER**

Es wachsen die Zweifel, ob die Goldreserven der Bundesbank in den USA noch sicher sind. Das liegt an Donald Trump und seiner Regierung. So gab es im März die Befürchtung, daß Goldimporte mit US-Zöllen belegt werden. Im April erschien das gelbe Metall aber auf der Zollausnahmeliste. Dann wurde über US-Zölle für Schweizer Goldimporte spekuliert – am 8. August dementierte das Weiße Haus dies als „Fehlinformation“. Aber was ist, wenn die Goldausfuhr wie 1933 von Franklin D. Roosevelt verboten oder der Bundesbank-Goldschatz bei einem transatlantischen Konfliktfall beschlagnahmt wird? Schon unter Barack Obama hat die Bundesbank zwischen 2013 und 2016 ihren dortigen Bestand um 300 Tonnen reduziert. Doch im Keller der US-Notenbank Federal Reserve (Fed) in New York, 25 Meter tief im Felsen von Manhattan, lagern weiterhin 1.236 Tonnen – das sind 37 Prozent der gesamten Goldbestände in Höhe von 3.352 Tonnen. Michael Jäger, Präsident des Europäischen Steuerzahlerbundes (TAE), mahnte daher in einem Interview: „Bundesbank und Bundesregierung müssen in dieser Phase der weltpolitischen Machtverschiebungen Weitsicht beweisen und das deutsche Gold aus den USA sofort zurückholen. Gerade in einer Zeit, in der in Berlin und in Brüssel über immense Neuverschuldung diskutiert wird, brauchen wir im Notfall sofortigen Zugriff auf alle Goldreserven.“

**UN-Charta verbietet Zugriff auf Währungsreserven eines Staates**

Demgegenüber bereitet das Thema dem Bundesbank-Präsidenten Joachim Nagel „keine schlaflosen Nächte“. Und ein Bundesbank-Sprecher betonte: „Wir haben keinen Zweifel daran, daß wir mit der Fed New York einen vertrauenswürdigen, verlässlichen Partner bei der Aufbewahrung unserer Goldbestände haben.“ Zu Zeiten des Kalten Krieges galt New York gegenüber Frankfurt als sicherer Ort im Falle eines militärischen Konflikts mit Rußland. Späterhin spielten im Lagerstellenkonzept der Bundesbank neben dem Faktor Sicherheit Überlegungen zur Handelbarkeit und Kosteneffizienz eine Rolle.

Im Krisenfall von Krieg, Naturkatastrophen oder Währungszusammenbrüchen kann es wichtig werden, die Goldreserven schnell verkaufen oder in Fremdwährungen tauschen zu können. Das setzt die Nähe zu einem liquiden Goldhandelsplatz wie New York oder London voraus, um verlustreiche Preissprünge zu vermeiden. Zudem ist die Fremdgoldverwahrung der Fed aktuell günstiger, da die Bundesbank eigene Tresorräume neu errichten müßte. Hinzu käme der versicherungstechnisch teure und risikoreiche Transport per Flugzeug oder Schiff. Auch könnte eine kurzfristige Umlagerung zu diplomatischen Verwicklungen führen.

Doch wie sicher ist unser Gold in den USA? Trump hat mehrfach den Wunsch offenbart, mehr Kontrolle über die Fed zu erhalten, und damit deren Unabhängigkeit nachhaltig in Frage gestellt – sei es durch den Versuch einer Einflußnahme bei Zinsentscheidungen oder durch direkte Angriffe auf den Fed-Präsidenten Jerome Powell. Zudem könnte er dortige Spitzenbeamte entfernen, so der Supreme Court in einer Entscheidung. Auch stellte er die Sicherheit der US-Goldreserven in den Bunkeranlagen von Fort Knox in Frage, auf die nicht die Fed, sondern das US-Finanzministerium Zugriff hat.

Allgemein wird die Ansicht vertreten, daß die Grundsätze des Völkerrechts einen Zugriff auf die Währungsreserven eines Staates durch Vollstreckungsorgane des „Gastlandes“ verbieten, die diese Reserven „beherbergen“. Hintergrund ist Artikel 2 Absatz 1 der UN-Charta, der den „Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder“ beinhaltet. Hieraus folgt man, daß Staatsvermögen grundsätzlich immunitätsgeschützt und einer Enteignung entzogen ist. Diese Ansicht vertritt auch die Bundesbank, um so die „Sicherheit“ deutschen Goldes bei der Fed zu rechtfertigen.

Wie jedoch nicht zuletzt die Diskussion um ein Rohstoffabkommen mit der Ukraine gezeigt hat, könnte die US-Regierung eine Gegenrechnung mit „Militärdienstleistungen“ – in diesem Fall war es die Lieferung von Rüstungsgütern an die Ukraine – aufmachen. Ein US-Zugriff auf deutsche Goldreserven könnte beispielsweise mit Rückforderungen auf historisch überdurchschnittliche amerikanische Nato-Leistungen in der Vergangenheit begründet werden. Da Deutschland mit Ausnahme des vergangenen Jahres nie das 2002 verabredete „Zwei-Prozent-Ziel“ der Nato erreicht hat, sondern regelmäßig nur einen Verteidigungsetat zwischen 1,1 und 1,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts

(BIP) auswies, könnte eine Aufrechnung auf der Grundlage einer US-Überfüllung vorgenommen und eine Goldforderung gegen die Bundesbank als deutsches Staatsvermögen erhoben werden.

Hinzu kommt, daß Konfiskationen von Vermögenswerten der Zentralbank eines „unliebsamen“ Landes keineswegs neu sind. Seit März 2022 kann die russische Zentralbank nicht mehr auf Vermögenswerte von etwa 300 Milliarden Dollar zugreifen, da diese im westlichen Ausland „eingefroren“ wurden. Daraufhin machte die damalige US-Finanzministerin Janet Yellen beim G7-Finanzministertreffen 2024 den Vorschlag, das in der EU festgesetzte russische Zentralbankvermögen von 207 Milliarden Dollar zugunsten der Ukraine zu verwenden.

**Mögliche Präzedenzfälle  
Ukraine und Venezuela?**

Die G7-Staaten beließen es bei der Verwendung der laufenden Zinserträge von drei bis fünf Milliarden für einen 50-Milliarden-Kredit an die Ukraine. Venezuela wurde 2019 der Zugriff auf 14 Tonnen Gold verweigert, das aus markttechnischen Gründen in London verwahrt wurde. Der Hintergrund waren US-Sanktionen gegen die Regierung des sozialistischen Präsidenten Nicolás Maduro. Offiziell wurde angezweifelt, ob dessen Regierung zum Verkauf berechtigt war. Zudem erließ die Bank of England Auflagen, um Geldwäsche zu verhindern. Deshalb mußte die venezolanische Regierung vorab Auskünfte über die Verwendung geben.

Was also tun? Die Bundesbank könnte peu à peu das US-Gold verkaufen und gleichzeitig ihren Londoner Bestand in gleicher Höhe aufstocken. Damit würden diplomatische Verwicklungen und Kosten der Verlagerung vermieden. Zugleich wäre der Marktzugang zum größten und liquiden europäischen Goldhandelsplatz gesichert. Dies entspräche dem Motiv der Bundesbank, Vertrauen im Inland zu schaffen und im Bedarfsfall schnelle Handelbarkeit im Ausland sicherzustellen. Auch könnte die Relokation Ausdruck der zunehmenden Bedeutung von Gold als jetzt zweitwichtigste Währungsreserve sein, bei zugleich abnehmendem Gewicht des Dollars als Weltleitwährung.

**Prof. Dr. Dirk Meyer** lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

**Chance  
nutzen –  
jetzt  
bewerben**

**FÜR ALLE,  
DIE ES  
WISSEN  
WOLLEN.**



Arbeiten Sie in einer der spannendsten Redaktionen der Hauptstadt. Was Sie erwartet? Interessante Aufgaben und Kollegen. Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung.

**WIR SUCHEN AB SOFORT**

- ▶ Auszubildende als Kauffrau/Kaufmann für Marketing-Kommunikation
- ▶ Werkstudent/Werkstudentin für Marketing-Kommunikation und Public Relations



Informationen unter:  
[jf.de/stellenangebote](https://www.jf.de/stellenangebote)

Telefonische Rückfragen unter: 030/86 49 53 -28

Die JF stellt ein

**Wir haben viel vor. Mit Ihnen.**